

Das neue Jahr

Das neue Jahr ging das alte Jahr zur... Das neue Jahr ging das alte Jahr zur...

In der Innenstadt das übliche Theater... In der Innenstadt das übliche Theater...

Abgeben von dem Stiefeltrah gegen Witterung... Abgeben von dem Stiefeltrah gegen Witterung...

Das Reichsbanner feiert... Das Reichsbanner feiert...

Das renovierte „Höft“... Das renovierte „Höft“...

Hallische Stadtbauer... Hallische Stadtbauer...

Technisierung der landwirtschaftlichen Produktion

Wie wirkt sie sich auf die deutsche Landwirtschaft aus?

Als Diskussionsbeitrag zu einem für das landwirtschaftliche Gebiet... Als Diskussionsbeitrag zu einem für das landwirtschaftliche Gebiet...

Deutschland ist nicht Amerika... Deutschland ist nicht Amerika...

Der grundsätzliche wirtschaftliche Vorteil... Der grundsätzliche wirtschaftliche Vorteil...

Technisierung in den Betriebsbetriebsstellen... Technisierung in den Betriebsbetriebsstellen...

Das renovierte „Höft“... Das renovierte „Höft“...

Hallische Stadtbauer... Hallische Stadtbauer...

Hallische Stadtbauer... Hallische Stadtbauer...

und die Ausnutzung, weitgehend bei einzelnen... und die Ausnutzung, weitgehend bei einzelnen...

Sozialen Auswirkungen... Sozialen Auswirkungen...

Freizeitgestaltung... Freizeitgestaltung...

Die künftige Entwicklung... Die künftige Entwicklung...

Kreis Merseburg... Kreis Merseburg...

Wenn Kommunisten für ihre Taten stehen sollen... Wenn Kommunisten für ihre Taten stehen sollen...

China und Frankreich gegen „Shanghai-Expres“... China und Frankreich gegen „Shanghai-Expres“...

den Vorfall nach der letzten Stadterordneten... den Vorfall nach der letzten Stadterordneten...

Kreis Querfurt... Kreis Querfurt...

Bei der Wahl des neuen Parteiparlamentes... Bei der Wahl des neuen Parteiparlamentes...

Berufsberatung auf dem Arbeitsamt... Berufsberatung auf dem Arbeitsamt...

Kreis Merseburg... Kreis Merseburg...

Wenn Kommunisten für ihre Taten stehen sollen... Wenn Kommunisten für ihre Taten stehen sollen...

China und Frankreich gegen „Shanghai-Expres“... China und Frankreich gegen „Shanghai-Expres“...

China und Frankreich gegen „Shanghai-Expres“... China und Frankreich gegen „Shanghai-Expres“...

Der Ausweg - Ueberweg zur Planwirtschaft

Stimme aus Amerika / Bekenntnis zum Sozialismus

Radikale Systemänderung — das ist die Lösung, die heute in den Vereinigten Staaten angefordert wird. Die amerikanische Wirtschaft befindet sich in einer Krise, die seit Jahren besonders eingehend die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und technischer Entwicklung studiert, die Frage, ob eine Ueberanforderung der Produktion den Ueberdruck auf die Arbeitskräfte beseitigen werde, gatt verneint. Selbst wenn Amerika Produktion wieder auf den Gradstand von 1929 zurückföhre, bläue nicht mehr als die Hälfte der Arbeitslosen rentabel beschäftigt werden. Nur eine radikale Systemänderung, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, starke Planwirtschaft bei Beschränkung der Arbeitszeit auf vier Stunden täglie Amerika aus der sozialen Krise erretten, in die es der aus der Technik geborene Ueberdruck gestürzt habe.

Auch der bekannte amerikanische Schriftsteller Theodore Dreiser sieht in seinem Buch „Die Tragik Amerikas“ den einzigen Ausweg aus dem Verhängnis in dem Uebergang zur Planwirtschaft.

Der viel geschmähte Sozialismus — nichts anderes kann die Menschheit aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herausführen. Wirtschaft und Arbeit sind Dinge geworden, die alle angehen. Planmäßigkeit, Ordnung und Gerechtigkeit müssen herrschen, wo bisher Zufall und Willkür eines überlebten Wirtschaftssystems geherrscht haben.

Brüder Caß freigelassen

Die bekannten Berliner Brüder Erich und Franz Caß, die wegen Verdachts des verurteilten Einbruchs festgenommen worden waren, sind am Samstag nach Hundensingen Kreuzberg wieder auf freiem Fuß gesetzt worden; es konnte ihnen, wie üblich, keine strafbare Handlung nachgewiesen werden. Erich und Franz Caß haben an, daß sie im Keller, in dem sie überführt wurden, nur Einbruchswerkzeug verladen wollten. Die Instrumente, die man bei ihnen fand, wollen sie erst kürzlich gekauft haben. Die Polizei hält es für möglich, daß die Brüder Caß nur Theater aufgeführt haben, um wieder einmalt von sich reden zu machen. Im Zukunft will sie die Wiederholung solcher SpöÙe als großen Unlug bestrafen.

Der Amnestie-Gehin als Verräter

In Bremen verübten zwei Arbeiter, die auf Grund der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden waren, einen neuen Einbruch. Sie haben in einem Zigarettengeschäft 30 Mark. Der Umstand, daß einer der Einbrücher seinen Entlassungschein aus der Strafanstalt am Latort verlor, führte zur Verhaftung der beiden Täter. Einer hat bereits vor Antritt seiner Strafe in dem gleichen Haus, in dem jetzt der Einbruch verübt wurde, einen Diebstahl ausgeführt.

Aufgeklärter Chauffeurmord

Der Mord des Chauffeurs Garmowitz, der am 9. Oktober auf der Landstraße bei Grünberg in Schlesien erfolgte, ist jetzt auf sensationelle Weise aufgeklärt worden. Der Mörder ist ein 30 Jahre alter Berliner namens Pieper aus der Admiralstraße, der nach einem Einbruch in einer Druckerei in der Dresdener Straße auf der Flucht von seinen Verfolgern durch einen Schuß schwer verwundet wurde und dann Selbstmord beging, indem er sich eine Kugel in den Kopf jagte. Man fand bei Pieper einen Brief, aus dem hervorgeht, daß er der Mörder des Garmowitz ist und daß seine Braut, eine 30 Jahre alte Erna Trachmann aus Scherndorf bei Grünberg, bei der Tat zugegen war.

Denunziant Grünher

Der Senatspräsident im preußischen Oberverwaltungsgericht Grünher, der sich in den letzten Jahren wiederholt als Denunziant betätigt hat, hat jetzt wieder einmal keine wahren Charakter enthielt. Vor einiger Zeit richtete er an die rechtsstehenden Fraktionen des preußischen Landtags einen Brief, in dem er schwere Vorwürfe gegen einen Kammergerichtsrat erhob.

Der Kammergerichtspräsident stellte nach Prüfung des Sachverhalts Strafantrag gegen Grünher wegen Verleumdung. In diesem Verfahren wurde dann auch Anklage erhoben. Als das geschah war, gab Grünher die Erklärung ab, es habe ihm ferngelegen, dem Kammergerichtsrat Fränkel eine Pflichtverletzung, etwa „gar Rechtsbeugung“ vorzuerwerfen. Im Einverständnis mit dem beleidigten Richter nahm der Kammergerichtspräsident nach diesem Rückgang des Denunzianten Grünher den Strafantrag zurück, so daß das Verfahren gegen Grünher eingestellt wurde. Im Gegenlicht zu dieser Erklärung hat es Grünher dann für richtig gehalten, gegen den Kammergerichtsrat eine Anklage wegen Rechtsbeugung in der gleichen Sache zu erheben, um also eines Verbrechen zu beschuldigen, das mit Zuhilfenahme bis fünf Jahre bestraft wird. Setzt hat der Staatsanwalt nach Durchführung der vorgeschriebenen Ermittlungen das Verfahren gegen Fränkel mit der Begründung eingestellt, daß der Vorwurf der Rechtsbeugung völlig unbegründet ist. Und was geschieht mit dem ewigen Denunzianten Grünher?

Lahusen-Prozess im Februar

Der Lahusen-Prozess soll nun endlich am 14. Februar steigen. Aberhalb Jahre hat die Öffentlichkeit vergeblich auf die Festsetzung eines Termins gewartet.

Devienamnestie

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat das Verfahren gegen einen der Devienhäftlinge beschuldigten Berliner Kaufmann eingestellt. Das Gericht ist der Meinung, daß das zur Verhängung stehende Vergehen unter die Amnestie falle. Das Gericht steht damit im Gegensatz zum Schöffengericht Dr. Luther, der vor Erlass der Amnestieverordnung die Reichsregierung erludte, Vergehen gegen die Devienbestimmungen auch weiterhin abhnden zu lassen.

Reventlow gegen Hitler

In der neuesten Nummer des „Reichswoort“ überträgt der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Carl Reventlow seine Leser mit einer Verberückung Gregor Strafers, die zugleich eine eindeutige Beurteilung der bisherigen offiziellen Politik der Hitlerpartei in sich schließt.

Sie arbeiten der Reaktion in die Hände Wahnwitz der KPD.

Berlegenheitsmandat

Am Wochenende hat die Polizei einen an den Berliner Plakatäulen angebrachten Aufzettel entfernt. Er war untergeordnet: „Die Roten Frontkämpfer“ und enthielt wilde Drohungen gegen die Spitze, die „revolutionäre Arbeiter, gemeinsame Feinde der Arbeiter, welche Waffen besitzen, der feilschenden Klassenpolitik verrotten.“ Die wertigste Beschriftung wurde aufgeföhrt, die Namen und Adressen der Späure mitzuteilen, und die Unterzeichner verpöhlen und gelobt, daß sie „mit diesen erbärmlichen Subjekten so abrechnen werden wie sie es verdienen.“ Weiter wird dann u. a. geföhrt, daß in jedem Arbeiterhaus ein Büro, eine Geheimdruckerei der revolutionären Partei zu errichten sei.

Das Plakat war so wahnwitzig, daß auch der, der den politischen Bestand der Kommunisten so niedrig als möglich einschätzte, geneigt sein mußte, es für das Wadmer von rechtsstehenden Propagandisten zu halten. Aber die Auffassung wird durch das Verhalten des Berliner Kommunistenklubs als für die erschüttert. Das Plakat beschränkt sich am Freitag auf den Ausdruck des einer Korrespondenz entnommenen Polizeiberichts über die Entfernung des Plakats. Mit keinem Wort zieht es die Schuld des Aufzettel in Zweifel; mit keiner Silbe nicht es von seinem Inhalt ab. Es wendet nicht ein gegen eine Proklamtion, die für Nationalsozialisten ein gefühntes Bressen ist, weil sie ihnen die Möglichkeit gibt, die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrer Dresdener Schandtat abzulenken. Es schmeigt, obwohl doch klar sein muß, einen wie wertvollen Dienst das Plakat gerade in diesem Augenblick der Regierung und den tagtäglich so schärfsten Vorgehen gegen die Kommunisten hehenden Rechtstreffen leistet. Man könnte fast den Eindruck gewinnen, als ob der KPD und den roten Frontkämpfern scharfe Maßnahmen der Behörden willekommen wären, durch die die Partei der Revolutionen entthoen würde, zu jenen, wie sie ihren letzten Bisherigen im Interesse der wertigsten Beschriftung auszusuchen vermag.

Nun glauben wir einwifeln nicht, daß Herr von Schlieker auf die Dummheit der Kommunisten mit der noch größeren eines Verbots ihrer Partei und ihrer Reichstagsfraktion, wie es ein Teil der Berliner Reichspresse fordert, antworten wird. Aber die Behörden sind ja im besten Zuge, der deutschen Section der dritten Internationale sonst aller Schmierigkeiten zu bereiten. Sie arbeiten mit Ausweilungsbeschlüssen gegen Ausländer, die im Verdacht stehen, mit der kommunistischen Bewegung zu sympathisieren. Sie lassen sich angreifen, wenn sie die in den internationalen Sozialistischen Organisationen aufgeführten, zum Teil der Polizei und Vernehmungsapparate hängt an, eine solche Tätigkeit auszuüben.

Die Regierung hat diesen Schritt nicht ange-

föhrt, daß die deutschen Volkswirten eine gewalttätige Aktion planten und als Beweis müssen namentlich gewisse Waffensunde dienen. Aber Waffensunde sind, was dem Reichstagsrat nicht ganz unbekannt sein dürfte, auch bei anderen vorkommen worden und trotzdem ist letzterzeit gerade auf das Betreiben des Herrn v. Schlieker das Verbot der nationalsozialistischen „Hilfsorganisationen“ aufgehoben worden. Und war es nicht Herr v. Schlieker selbst, der damals erklärte, man stärke die radikalen Bewegungen nur, wenn man ihnen die Möglichkeit gebe, an ihrer Gleichberechtigung zu zweifeln? Auch die verbrecherischen Anschläge, deren fast die HZ-Beute nach der Zustimmung schuldig gemacht, können dem Gedächtnis der Behörden noch nicht verschwunden sein. Sie haben ebenowenig wie die Waffensunde zu irgendwelchen über die polizeilichen und nachrichtlichen Berichten hinausgehenden Waffensunde Berührung gegeben. Es wäre mehr als bedenklich, wenn man den Kommunisten gegenüber andere Mittel anwenden wollte.

Ist die Regierung wirklich von Fußspoorberteilungen überzeugt, so hat sie zum mindesten die Aufgabe, bessere Beweise beizubringen, als bisher produziert worden sind. Aber selbst wenn solche einwandfreien Beweise vorliegen sollten, müßte sie auch den Anschein vermeiden, als ob sie die „Revolutionäre“ von links anders behandle als die von rechts, ganz abgesehen davon, daß ihre Ausweilungsbeschlüsse in jedem Fall nur als feintliche und gehäßige Schikanen wirken. Dabei ist das Recht zur Ausweilung nichtiger Ausländer unbestritten; die Frage ist nur, ob und wann ein Staat von diesem Rechte Gebrauch machen soll, und der jetzige Reichstagsrat läßt sich, die „Schonerr- und Verschönerer“-Kampagne des jetzigen Bismarck als warnendes Beispiel vor Augen zu halten.

Wie die Dinge indessen auch stehen mögen, die Vermutung liegt nur allzu nahe, daß der Freispruch der Kommunisten ebenso ein politisches Berlegenheitsmandat ist wie das bünd-proponierende Auftreten derer, denen man jetzt an den Stragen will. Die Kommunisten suchen sich von Last der Verantwortung zu befreien, die ihnen ihre hundert Reichstagsmandate auferlegen, und die Regierung müßte sich die Sympathien der trotz der Willkür noch immer radikalen Rechten durch ein scharfes antimarxistisches Vorgehen erwerben. Wahrscheinlich will sie annehmen, die Kommunisten seien ein wenig unbesonnen, wenn sie sich durch den Verzicht einer Parteiverfassung über die Verantwortung zu befreien suchen. Das Verbot, das man den Kommunisten durch die Freisprüche zu erteilen, ist ein politisches Berlegenheitsmandat, das die Verantwortung zu erteilen, die man ihnen durch die Freisprüche zu erteilen, ist ein politisches Berlegenheitsmandat.

Die Toten von 1932

- (Sozialistenführer)
- Jsch, Julius, ehem. Landtagspräsident und Finanzminister von Mecklenburg-Schwerin, 57 Jahre alt, am 22. April.
 - Bernstein, Eduard, ehem. Mitglied des Reichstags, 88 Jahre alt, am 18. Dezember in Berlin.
 - Bordach, Julian, Schriftsteller, ehem. preussisch. Landtagsabgeordneter, am 17. Februar in Berlin.
 - Dejardin, belgischer Sozialist, Präsident des Internationalen Bergarbeiterverbandes, am 28. Oktober in Brüssel.
 - Freysdorf, sächsischer Sozialistenführer, 65 Jahre alt, am 28. März in Dresden.
 - Orban, William, englischer Arbeiterabgeordneter, früherer Handelsminister, 45 Jahre alt, am 8. Januar.
 - Jancel, Johann, Mitglied des österreichischen Nationalrats, 61 Jahre alt, am 24. Oktober in Wien.
 - Kröger, Wilhelm, Mitglied des Reichstags, 60 Jahre alt, am 14. Oktober in Hofdorf.
 - Lauberg, Heinrich, Dr., Schriftsteller, am 4. Februar in Hamburg.
 - Simbergh, Heinrich, Mitglied des Reichstags, 68 Jahre alt, am 3. April in Essen.
 - Meier, Emil, bairischer Innenminister, 56 Jahre alt, am 14. August in Freudenstadt.
 - Müller, Hermann, Gewerkschaftsführer, ehem. Mitglied des Reichstags, 65 Jahre alt, am 14. November in Berlin.
 - Schmitt, Franz, ehem. bayer. Landtagspräsident und früheres Mitglied des Reichstags, 70 Jahre alt, am 21. September in München.
 - Schröder, Paul, früherer Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, 57 Jahre alt, am 2. August in Hofdorf.
 - Schulz, Heinrich, ehem. Staatssekretär, früheres Mitglied des Reichstags, 60 Jahre alt, am 5. September in Berlin.
 - Thomas, Albert, ehem. französischer Minister, Direktor des Internationalen Arbeitsamts in Genf, 54 Jahre alt, am 7. Mai in Paris.
 - Turati, Filippo, italienischer Sozialistenführer, 75 Jahre alt, am 29. März in Paris.

Devienamnestie

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat das Verfahren gegen einen der Devienhäftlinge beschuldigten Berliner Kaufmann eingestellt. Das Gericht ist der Meinung, daß das zur Verhängung stehende Vergehen unter die Amnestie falle. Das Gericht steht damit im Gegensatz zum Schöffengericht Dr. Luther, der vor Erlass der Amnestieverordnung die Reichsregierung erludte, Vergehen gegen die Devienbestimmungen auch weiterhin abhnden zu lassen.

Blickzug schon im März

Der Weltretrozug Berlin-Hamburg-Berlin wird voraussichtlich Anfang März in den regelmäßigen Dienst gestellt werden. Der Zug fährt jetzt auf einer Strecke 2 Stunden 20 Minuten, nach erfolgter Streckenkorrektur soll die Fahrzeit auf zwei Stunden herabgesetzt werden. Der Doppel-Schnellretrozug hat einwifeln zweiwifeln Klasse; mit dem höchsten FD-Zuschlag kostet die Reise hin und zurück 46 Mark.

Ein Schmuggler erschossen

In der Nähe von Bruch an der niederländischen Grenze wurde ein wifelnjähriger Schmuggler aus Reichshaus, der beim Schmuggeln erwischt worden war, auf der Flucht erschossen.

Rechtsträftig

Die Revisionsfrist für das Urteil im Berliner Caro-Beklag-Prozess ist abgelaufen. Der Freispruch Scheimel Caros ist damit rechtskräftig. Der Revisionsrichter Beklag hat für sämtliche Kosten zu tragen.

Mord

In Rosen wurde der Präsekt des dortigen Schreinerseminars von zwei Banditen auf offener Straße erschossen und seiner Leiche beraubt. Die Verbrecher entkamen unerkannt.

Freispruch des Verbrechers der Tötung

Der Freispruch des Verbrechers der Tötung, der im März 1932 in Berlin erschossen wurde, ist rechtskräftig. Der Revisionsrichter Beklag hat für sämtliche Kosten zu tragen.

awall
mpfund.
wischen An
ampfund.
Erläuge
Kallid
bundeite
und die
verweigert
in dem rich
niederberu
die sich be
ein, so be
Gelegenhe
änder ge
gligte Ber
die Schläger
mpfundete
von einer
liert, er
tenden auf
in, die Kl
die Poliz
Boden lagen
Erläuge
heraus. Z
Befehl dar
den dann v
d dem Not
schafft. D
is im Gange
nähmen u
nleiten mit
in Klapp
ist bereits
umach ih
überläßig
Die Red
N-Kantun
ngebenden
nständig, b
stapfen be
zu machen
ausgerichte
es verlan
nen. Ingeb
im Inter
em Verhalte

